

Stellungnahme zur eingereichten Volksinitiative «Gegen den F-35 (Stopp F-35)»:

Sicherheitspolitisch verantwortungslos und unsere Armee schwächend

Die am 16. August 2022 von einem Bündnis der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), der SPS und Grüne Schweiz mit rund 103'000 amtlich beglaubigten Unterschriften eingereichte Volksinitiative ist staatspolitisch eine Augenwischerei, sicherheitspolitisch verantwortungslos und ein ideologisch verbrämtes Ansinnen, die Sicherheit der Schweiz und unsere Armee zu schwächen.

Korrekt demokratischer Prozess

Am 27. September 2020 haben die Schweizer Stimmberechtigten den Bundesbeschluss (20. Dezember 2019) über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge angenommen. Sie stimmten dem Projekt Air2030 mit einer Mehrheit zu. Das war ein demokratisch korrekter Grundsatzentscheid des Schweizer Souveräns zu dieser Anschaffung. Gestützt darauf hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 30. Juni 2021 beschlossen, dem Parlament die Beschaffung von 36 Kampfflugzeugen des Typs F-35A des US-Herstellers Lockheed Martin und die Beschaffung von 5 Feuerinheiten des Typs Patriot des US-Herstellers Raytheon zu beantragen. Die beiden Systeme erzielten in der Evaluation den höchsten Gesamtnutzen und gleichzeitig die tiefsten Gesamtkosten. Evaluation und Entscheid des Bundesrates wurden auf einer breiten Grundlage getroffen, in Kenntnis aller relevanten Informationen und Überlegungen. Im Februar 2022 hat der Bundesrat die entsprechende Armeebotschaft verabschiedet und unseren Volks- sowie Ständevertretern zur Behandlung überreicht. Die Legislative wird darüber nun verfassungskonform befinden.

Staatspolitische Augenwischerei

Die eine Bestimmung «Der Bund beschafft keine Kampfflugzeuge des Typs F-35» der Initiative ist zunächst eine staatspolitische Täuschung. So haben es die Initianten bewusst unterlassen, einen typenmässigen Alternativvorschlag zur Modernisierung der Luftwaffe zu unterbreiten. Sie gehen mit der Initiative einen Schritt weiter, indem sie die entsprechende Kürzung des Armeebudgets verlangen und beide Bestimmungen ohne eine etwa lagebezogenen notwendige Abänderungsklausel bis zum 1. Januar 2040 in Kraft stehen lassen. Dieses eigensinnige abrüstungspolitische Vorgehen findet seine Bestätigung in der Tatsache, dass die Initianten in ihrer «Stop F-35»- Broschüre vom 28. Juni 2021 für die ungestüme Ablehnung «aller Kampffjettypen» plädieren (Broschüre, S. 3: «Aus Sicht der Trägerschaft des Kampffjetreferendums sind sämtliche Kampffjet-Typen vehement abzulehnen»). Es geht den Initianten also nicht nur um die Verhinderung der F-35A Beschaffung, sondern generell um die Blockierung der Erneuerung unserer Luftwaffe.

Sicherheitspolitisch verantwortungslos

Die Initiative ist zudem sicherheitspolitisch sorglos und blind, weil sie die in den letzten Monaten wesentlich verschlechterte politisch-militärische Lage sowohl in Europa als auch etwa in Asien nicht berücksichtigt. Russland führt einen rücksichtslosen neo-imperialistisch-nationalistischen Angriffskrieg gegen einen unabhängigen, souveränen Staat. Dieser Krieg verstösst gegen fundamentale Bestimmungen des Völkerrechts und der Friedensordnung in Europa. Er könnte jederzeit eskalieren und dürfte auf Jahre hinaus nicht nur die internationalen Beziehungen belasten, sondern die Sicherheit und Stabilität des transatlantisch-eurasischen Raumes noch lange gefährden. Zudem steigt in Asien die Kriegsgefahr wegen des ungelösten Streits zwischen China und der Insel Taiwan über deren Status sowie der damit verbundenen Rolle der USA. Auf der koreanischen Halbinsel ist im Kontext einer aggressiven und unberechenbaren nordkoreanischen Regierung, die den Bau eigener Kernwaffen und Raketen vorantreibt, die weltweit grösste Konzentration von Truppen zu finden. Ein weiteres Element der anwachsenden Unsicherheit in Asien bildet die Tatsache, dass die Volksrepublik China ihre nuklearen Fähigkeiten ausbaut, eine schleichende Annexion von Seegebieten im Südchinesischen Meer betreibt und damit faktisch seine territorialen Grenzen unter Verletzung einschlägiger Normen des Völkerrechts nach Süden verlegt. Sie zeigt zudem die Ambition, in der Region, vielleicht auch global zur dominierenden Macht

zu werden. Und, sie wirkt entschlossen, hierbei mit der Diktatur Russland zusammenzugehen und die USA sowie ihre die liberale Demokratie verteidigenden Partner zu verdrängen und hierfür die notwendigen militärischen Mittel aufzubringen. Diese wenigen Konfliktfelder vergegenwärtigen, dass machtpolitische Auseinandersetzungen und Kriegsgefahren unübersehbare sicherheitspolitische Herausforderungen sind und jederzeit eskalieren können.

Die Luftwaffe und Armee auf einen neuen Stand bringen - nicht schwächen

Deshalb muss die schweizerische Politik die Sicherheit des Landes optimieren, wozu die Vervollständigung und Modernisierung der militärischen Fähigkeiten generell und die notwendige Erneuerung der Luftwaffe speziell gehören. Es sind ohne Verzögerung rasch günstige Voraussetzungen zu schaffen, sodass die Armee jederzeit über eine ausreichende Einsatzfähigkeit verfügt. Die Schweiz hat diese Hausaufgaben in erster Linie selbstständig zu machen. So gilt es zu vermeiden, dass sie einen ungeschützten militärstrategischen Raum bildet, als sicherer Standort an politisch-wirtschaftlicher und internationaler Attraktivität verliert und ihren Ruf als militärpolitisch glaubwürdigen Akteur, der es mit seiner Sicherheit ernst meint, schädigt.

Die Initiative widerspiegelt den irrationalen und heuchlerischen Charakter ihrer Initianten. Anstatt konsequent für den Verfassungszweck (Art. 2, Abs. 1: u. a. Schutz der Freiheit und Sicherheit des Landes) einzustehen, führt die Politik von GSoA, SPS und Grüne Schweiz genau zum Gegenteil dessen, was sie angeblich will: nämlich zur Schwächung unseres Landes und seiner Sicherheitsreputation. Das Komitee ist zudem heuchlerisch, weil es sich fürchtet oder sich davor drückt, unserem Volk zu sagen, dass die absehbare Lage die verlässliche Sicherung unserer Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie erfordert. Auch neutralitätspolitisch besteht hierzu eine Notwendigkeit und Pflicht. Es verkennt, dass Fortschritt im Sinne von dauerhafter internationaler Ordnung und Sicherheit, aber auch im Sinne von mehr Moral und Ethik in der internationalen Politik kein Naturgesetz ist. Deshalb sind und bleiben sicherheitspolitischer Realismus, staatspolitische Wachsamkeit und staatsbürgerliche Entschlossenheit unseres Volkes unentbehrlich.

Strategisch denken und sicherheitspolitisch verantwortlich handeln

Die Initiative ist ausserdem ein Mahnruf dafür, dass die Schweiz wieder stärker strategisch aufgestellt sein muss und nicht pazifistisch-therapeutischer Verhinderungspolitik folgen darf. Eine strategisch orientierte Sicherheitspolitik fragt, wo die Bedrohungen unserer Sicherheit wirklich herkommen, wo reale Gefahren lauern und was es zu tun gilt, um diesen Gefahren zu begegnen. Pazifistisch-therapeutisch ist eine Politik, die davon ausgeht, dass Kriege primär wegen Rüstungswettläufen entstehen oder die Folge von Unterentwicklung sind, und dass diese durch die Abschaffung der Waffen oder durch Entwicklungshilfe verhindert werden könnten. Allerdings ist nicht der Pazifismus als solcher bedenklich, sondern die mangelhafte Einsicht in die sicherheitspolitischen Bedingungen der Friedenssicherung gegenüber Despotie, Gewalt, diktatorischer Willkür und Unterdrückung, wie sie die Realität derzeit in neuer Stärke offenbart.

Der VSWW plädiert für eine klare Haltung der sicherheitspolitischen Verantwortlichkeit, die den am 27. September 2020 demokratisch gefassten Mehrheitsbeschluss respektiert und dem Bundesrat in der absehbaren instabilen Lage das Vertrauen und die Handlungsfreiheit für die dringende F-35A-Beschaffung einräumt. Er erwartet von den Bundesbehörden, dass sie sich gegen die abenteuerliche F-35A-Verhinderungspolitik der Initianten verwehren und ohne oder mit Abstimmung die erste Tranche F-35A wie geplant nach dem Zweitrat im September bestellen. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Chancen für unsere Armee nachhaltig erhöht werden, um notfalls erfolgreich für die territoriale Unversehrtheit und Souveränität unseres Landes gegen einen modernen Gegner kämpfen zu können.

Namens des VSWW:

Dr. Günter Heuberger, Oberst i GSt z D, Präsident

Beilage

«Der F-35 A für die Schweiz – die relevanten Fakten im richtigen Kontext»
(Sicherheitspolitische Information des VSWW vom Februar 2022)